



Kläranlage Mörfelden Immer höhere Kosten

Die Kosten für die Erweiterung und Sanierung der Kläranlage Mörfelden wachsen weiter. Gingen die Verantwortlichen bei der Vorstellung der ersten Planungen noch davon aus, dass die erforderlichen Maßnahmen mit etwa 10 Millionen Euro zu Buche schlagen würden, wird aktuell mit Kosten von fast 50 Millionen Euro kalkuliert - ein Ende der Fahnenstange ist damit immer noch nicht erreicht. Bezahlen sollen letztlich alles die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Eine Abwassergebühr in hessischer Rekordhöhe von 5 Euro pro Kubikmeter ist in Sicht.

Die DKP/LL-Fraktion fordert jetzt einen sofortigen Planungs- und Auftragsvergabestopp für die Erweiterung der Kläranlage und eine genaue Prüfung dieser Entwicklung.

Der Erste Stadtrat Burkhard Ziegler (Freie Wähler), der als Dezernent für die Kläranlage zuständig und offenbar völlig überfordert ist, wiegelt ab und schiebt die Fehlentwicklung auf andere: „In die Kläranlage in Mörfelden sei über Jahrzehnte zu wenig investiert worden.“ „Eine Erhöhung der Gebühren sei aus verschiedenen

Gründen nicht zu vermeiden“, meint der Bankenfachmann, der in seinem Wahlkampf den Posten des 1. Stadtrates abschaffen wollte.

Die Erweiterung und Sanierung der Kläranlage wird weiter für Schlagzeilen sorgen.

Die DKP/LL sieht kein Ende der Kostenentwicklung und erheblich steigende Abwassergebühren für die Bürger - sie stellte bei einem Pressegespräch ihre Initiativen vor. Im Antrag der Fraktion heißt es u.a.: „Der Magistrat wird beauftragt, einen sofortigen Planungs- und Auftragsvergabestopp für die Erweiterung der Kläranlage anzuordnen. Die bisherige Planung ist durch ein neutrales Fachunternehmen überprüfen zu lassen.“

(Auf www.dkp-mw.de nachzulesen.)

Die Kläranlage wird Kosten von über 45 Millionen verursachen und – zumindest übergangsweise – zu einer Abwassergebühr von 5,00 / Kubikmeter führen (zum Vergleich Frankfurt: 1,45 / cbm, Rüsselsheim: 1,82 / cbm). Das bedeutet für eine vierköpfige Familie Mehrausgaben von ca. 400,00 Euro pro Jahr und ist nicht hinnehmbar. (Siehe auch S.3)

Alles Verbrecher

... heißt eine Kriminalfilmreihe der ARD. Der Titel passt auch zu den neuen Enthüllungen der kriminellen Machenschaften der Großbanken, zu Wirecard und dem ganzen kapitalistischen System.

Tausende geheime Dokumente zeigen jetzt, wie Banken Billionen Dollar aus fragwürdiger Herkunft durchwinken - darunter Oligarchen, Drogenhändler und Terroristen. Internationale Großbanken, darunter auch deutsche Kreditinstitute, haben verdächtige Überweisungen im Wert von mehr als zwei Billionen Dollar bewegt, die sie teilweise gar nicht oder erst lange danach an die Behörden gemeldet haben. Das geht aus vertraulichen Unterlagen für ein Journalisten-Netzwerk hervor.

Die Unterlagen zeigen, wie Banken Profite mit Drogenhändlern, Mafiosi und korrupten Politikern machen. Im Zentrum der Recherchen stehen fünf der mächtigsten Banken der Welt. In Deutschland die Deutsche Bank und die Commerzbank. „Ohne die Banken könnten Kriminelle ihre Geschäfte nicht machen“, so ein Reporter. Es kam heraus: Die Deutsche Bank hat nachweislich für anonyme Kunden der Danske Bank Estland - trotz Verdacht auf Geldwäsche - Transaktionen in Milliardenhöhe abgewickelt. Und sie hat 560 Millionen Dollar für eine lateinamerikanische Baufirma namens Odebrecht bewegt, der wenig später von US-Behörden der größte internationale Bestechungskandal aller Zeiten vorgeworfen wurde.

Mehr zum Thema auf Seite 2

Alles Verbrecher

Fortsetzung von Seite 1

Das Beispiel Wirecard

Der Wirecard-Skandal zeigt, wie mangelhaft die Kontrollen von Konzernbilanzen sind. Bezahlt werden die Prüfer nämlich vom Prüfling selber. Das Interesse, Schummeleien oder gar kriminelle Vorgänge aufzudecken, hält sich daher in Grenzen. Interessenkonflikte sind außerdem dadurch programmiert, dass die großen Wirtschaftsprüfer auch als Unternehmensberater tätig sind.



Wirecard ist ein besonderer Fall. Der Dax-Konzern hatte Guthaben über 1,9 Milliarden Euro verbucht, die nicht aufzufinden sind. Die Summe entspricht einem Viertel der Bilanzsumme des Unternehmens. Das hätte den Wirtschaftsprüfern der BaFin eigentlich auffallen müssen. Die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) vereinigt die Aufsicht über Banken und Finanzdienstleister, Versicherer und den Wertpapierhandel unter einem Dach. Doch die BaFin drückte beide Augen zu. Als die BaFin 2018 Wirecard überprüfte, gewährte sie der Firma eine Sonderbehandlung. Die BaFin wäre verpflichtet gewesen, sich die letzten drei Geschäftsabschlüsse vorlegen zu lassen. Doch verzichtete die BaFin auf die Jahresabschlüsse von 2015 und 2016. Man kann sagen, dass Wirecard Rabatt erhielt. So konnte es zur größten Betrugsaffäre der deutschen Wirtschaftsgeschichte kommen.

Auch Scholz hat seine Geheimnisse
Finanzminister Scholz (SPD), zuständig für die Finanzaufsicht Bafin, die im Wirecard-Fall eine zwielichtige

Rolle spielt, schob den „Schwarzen Peter“ schnell an die Prüfer weiter. Seit zehn Jahren sei Wirecard von einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden, „die einen guten Ruf hat“, so der nominierte SPD-Kanzlerkandidat in Interviews. Aber auch Scholz hat seine Geheimnisse. Ihm wird vorgeworfen, die Hamburger Warburg-Bank womöglich aus politischen Gründen geschont und deshalb auf eine Rückforderung unrechtmäßig erstatteter Steuern verzichtet zu haben. Kurz nach einem Telefonat zwischen Warburg-Miteigentümer und dem damaligen Hamburger Bürgermeister Scholz hatte die Finanzbehörde im Jahre 2016 eine Rückforderung an die in die Cum-Ex-Deals verwickelte Warburg-Bank in Höhe von 47 Millionen Euro fallen lassen.

Wenn die Politiker von heute mal Karl Marx lesen würden . . .

. . . wären sie vielleicht nicht mehr ganz so ahnungslos. Marx zitierte in seinem Hauptwerk „Das Kapital“: *„Das Kapital flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren. Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel.“*^{*)}

Fügen wir hinzu: Die Geldwäsche-reien der Großbanken, Wirecard, die Fleischindustrie, die Autokonzerne mit ihren Abgaslügen und so weiter und so fort!

^{*)} Karl Marx zitiert hier den Funktionär der englischen Gewerkschaftsbewegung T. J. Dunning. Er belegt damit die Behauptung, dass „das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend“ zur Welt gekommen ist. Marx stellt im 7. Abschnitt des ersten Bandes des „Kapitals“ den Akkumulationsprozess des Kapitals, hier im speziellen Falle die „Genesis des industriellen Kapitalisten“ dar.

blickpunkt Geschichte

Wir erinnern heute an Paul Sethe, er war ein bekannter Journalist und Geisteswissenschaftler.

Geburtstag: 12. Dezember 1901
Todesdatum: 21. Juni 1967

Im Mai 1965 schrieb er:

„Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“

Paul Sethe: *„Im Grundgesetz stehen wunderschöne Bestimmungen über die Freiheit der Presse. Wie so häufig, ist die Verfassungswirklichkeit ganz anders als die geschriebene Verfassung.“* - „Ich weiß, dass es im deutschen Pressewesen Oasen gibt, in denen noch die Luft der Freiheit weht. Ich bin glücklich, in einer solchen Oase zu leben. Aber wie viele von meinen Kollegen können das von sich sagen?“ - „Da die Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften immer größeres Kapital erfordert, wird der Kreis der Personen, die Presseorgane herausgeben, immer kleiner. Damit wird unsere Abhängigkeit immer größer und immer gefährlicher.“
„Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“

Wir sind froh, dass es mutige Whistleblower und Journalisten gibt, die heute die ungeheuren Skandale aufdecken. Der „blickpunkt“ wird helfen, die Wahrheit zu verbreiten.

Wir bedanken uns für die großen und kleinen Spenden, die wir für den „blickpunkt“ erhalten haben!

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419**

Es geht auch so . . .

Die Bürgerinitiative Kläranlage Mörfelden-Walldorf besuchte das Hauptklärwerk in Rüsselsheim.

In ihrem Bericht heißt es u.a.:

Beider Besichtigung der Kläranlage haben wir uns die technische Ausführung der Schlammmentwässerung angeschaut. Die 30m³ Zentrifuge ist in der Lage, den kompletten Faulschlamm der Kläranlage des Abwasserverbands Rüsselsheim/Raunheim (98.000 EW) binnen 14 Stunden zu entwässern.

Ein Besichtigungstermin war leicht zu vereinbaren: „Ei, wann möchten Sie denn kommen?“ hieß es nur. Innerhalb weniger Tage konnte unsere Gruppe einen Termin vereinbaren und der Kläranlage einen Besuch abstatten.

Auf den ersten Blick hat diese Anlage französischen Charme. Sie ist nicht auf äußere Perfektion getrimmt wie die Kläranlage in Mörfelden-Walldorf. In den Ritzen zwischen den Gehwegplatten wächst Gras, und hier und da sogar ein Blümchen. Keine neuen, blitzblanken Edelstahlgeländer, sondern unscheinbares, altersgraues Metall - jedoch stabil. An den Faultürmen und Silos ranken sich Efeu und Wilder Wein empor und verleihen der Anlage an manchen Stellen fast den Charakter eines Parks.

Auf dem Garderobenständer im Verwaltungsgebäude hängt ein salopper heller Filzhut, so wie ihn manche Philosophen tragen. Derjenige, der sich den Hut nach unserer Begrüßung aufsetzt, um uns nach draußen zu führen, ist der Anlagenleiter, dem auch sonst so manches philosophische anhaftet.

Beim Rundgang entpuppt er sich als versierter Ingenieur, dem so schnell keiner was vormacht, wenn es um sein Fachgebiet geht.

„Warum haben die meisten Maschinen und Geräte ein Typenschild mit dem Baujahr 1994 und älter?“ fragen wir. „Die halten so lange und noch viel länger. Wenn man sie ordentlich wartet und die wenigen Verschleißteile regelmäßig tauscht, laufen die Jahrzehntelang zuverlässig.“ Man muss nicht ständig alte Maschinen und Anlagenteile wegwerfen und neue beschaffen, um auf dem neuesten Stand sein - es geht auch so. Schließlich muss es der Bürger ja bezahlen! Das Belebungsbecken, so erfahren wir, hat ein Fassungsvermögen von 13.500 Kubikmetern. Wir rechnen kurz nach: Die Rüsselsheimer Kläranlage hat eine Kapazität von 98.000 EW (Einwohnerwert). Die von Mörfelden-Walldorf wird auf 49.000 EW ausgelegt.

Sie bekommt ein Becken mit 11.000 Kubikmetern. Müsste das von Rüsselsheim nicht annähernd doppelt so groß sein?

„Naja“, meint der Leiter, „das Planungsbüro wollte uns 22.000 Kubikmeter aufschwätzen. Aber das ist Unsinn. Mit den 13.500 kommen wir locker zurecht“. Erst wenn in Kürze die Kapazität auf 120.000 Einwohnerwerte angehoben werden muss, soll auf 20.000 Kubikmeter erweitert werden. „Aber dann habe ich über 10 Jahre lang den Energieaufwand für fast 8.000 Kubikmeter gespart - das hat sich doch gelohnt.“

Planungsbüros, so erfahren wir, werden nach dem Umfang des Projektes bezahlt. Deshalb versuchen sie gerne, den „Rolls Royce zu verkaufen, wo es ein Opel auch tun würde“. Man müsse denen aber nicht immer alles „abkaufen“, sondern müsse wissen, was man wolle und den gesunden Menschenverstand walten lassen.

Ähnliches erfahren wir über andere Anlagenteile. Und über Redundanzen. „Warum 4 Pumpen, wenn 2 reichen? Das hier ist eine Kläranlage und kein Atomkraftwerk, wo man sich über doppelte und dreifache Sicherheit Gedanken machen muss.“ Und auch hier wieder der Satz, der uns

während der gesamten Besichtigung begleitet: „Es geht doch auch so!“.

Der Rüsselsheimer Bürger weiß es zu danken, denn erzählt pro Kubikmeter Abwasser eine Gebühr von 1,82 Euro. In Mörfelden-Walldorf zahlt man jetzt schon 2,78 Euro und die Gebühr soll demnächst auf fast 5,00 Euro steigen.

Um uns weiter sachkundig zu machen und Vergleiche ziehen zu können, haben wir auch in Mörfelden-Walldorf eine Besichtigung der Kläranlage angemeldet. Hier war die Terminvereinbarung deutlich schwieriger und wir müssen vorab eine genaue Teilnehmerliste einreichen. Offenbar gelten hier die Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke.

Arme sind Verlierer

Am Anfang der Corona-Krise, waren auch Menschen betroffen, die nicht gerade unter Armut litten.

Im Skiurlaub und auf dem Kreuzfahrtschiff hat Corona zugeschlagen.

Covid-19 ist ein modernes Virus, das in einer globalisierten Welt ungeliebter blinder Passagier auf vielen Urlaubs-, Handels- und Lieferwegen sein kann. Es hat nicht lange gedauert, bis vor allem jene erkrankten, die aus einkommensschwachen Verhältnissen kommen, die nicht genug zum Leben und nicht ausreichend Platz zum Wohnen haben, die unter schlechtesten Bedingungen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und denen der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung verwehrt ist. Eine ganz normale, kapitalistische Geschichte also.

Keines der Probleme, mit denen wir es vor der Pandemie zu tun hatten, ist verschwunden.

Die Rechnung, die uns bald präsentiert wird, ist gepfeffert – und die Zeit davor war alles andere als schön.

96 Milliarden Euro. So viel Geld fehlt dem Bund im kommenden Jahr. Das ist zwar weit weniger als die 218 Milliarden, die in diesem Jahr fehlen, aber es ist trotzdem eine gigantische Zahl. Unsere Leser wissen, wer die Rechnung letztlich bezahlen soll.

Noch ein „guter Nachbar?“

Den „guten Nachbarn“ Fraport kennen wir seit langem. Er hat uns quadratkilometerweise Wald vernichtet, für Lärm und Luftverschmutzung gesorgt, und es konnte in letzter Minute verhindert werden, dass er uns auch noch seinen Sondermüll vor die Haustüre schüttet. Viele Einwohner haben erstaunt bemerkt, wie sie seit der Corona-Krise, wo die „Jobmaschine“ weitgehend Zwangspause hat, wieder etwas besser durchatmen können.

Brauchen wir noch so einen „guten Nachbarn“?

Wie aus Kreisen der Rathaus-Koalition verlautet, steht man schon seit geraumer Zeit in Verhandlungen mit dem Billigmarkt-Riesen ALDI. Der möchte mehrere Standorte schließen, Arbeitsplatzabbau betreiben, und seine regionalen „Logistikkapazitäten“ an einem Ort konzentrieren. Dieser Ort soll - wenn man alle seine Wünsche

erfüllt - das Gewerbegebiet Mörfelden-Ost sein. Dort soll, zusätzlich zum bestehenden ALDI-Lager, ein weiträumiger Komplex entstehen, dessen Herzstück ein 30 Meter hohes vollautomatisches Regallager bildet. Wie sich so etwas auf das Ortsbild auswirkt, kann jeder sehen, der nach Groß-Gerau fährt und am Ortseingang links auf das Riesentrum des WICK-Lagers blickt.

Aber keine Angst - so schlimm soll's in Mörfelden nicht werden. Wie man aus der grünen Ecke hörte, soll das ALDI-Lager schön mit Naturholz verkleidet und von Kletterpflanzen umrankt werden. Das reinste Dornröschenschloß also.

Was allerdings nicht aus Naturholz und Efeu besteht, sind die 700 Lkw (in Worten: siebenhundert), die jeden Tag, an sieben Tagen in der Woche, das Dornröschenschloß anfahren werden.

Alle 2 Minuten ein Lkw - das wird ein Spaß. Und es wird sicher nur der geringste Teil von ihnen auf leisen Sohlen elektrisch an der Autobahn-Oberleitung hierherkommen. Der Rest macht ganz normal und konventionell Lärm und riecht nach Diesel. Eine „Jobmaschine“ wie der andere „gute Nachbar“ ist ALDI auch nicht wirklich. Das vollautomatische Regallager braucht kaum Arbeitskräfte. Man spricht zwar von

zusätzlichen Arbeitsplätzen am Standort Mörfelden-Walldorf, aber denen stehen Arbeitsplätze gegenüber, die an anderen Standorten wegfallen. Ob's mehr Gewerbesteuer für die Stadt Mörfelden-Walldorf geben wird, ist auch zweifelhaft. Für Betriebe mit mehreren Standorten gibt's da immer Möglichkeiten...

Und was hält in dem Dornröschenschloß seinen hundertjährigen Schlaf?

Es sind das Betriebsverfassungsgesetz und die Gesetze, die Arbeitnehmerrechte schützen sollen.

Was der neue gute Nachbar für ein Verhältnis zu Gesetzen hat, und wie er mit seinen Mitarbeitern umgeht, kann man der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung und auf der homepage der Gewerkschaft ver.di nachlesen

(siehe auch Webseite der DKP www.dkp-mw.de).

Na denn, viel Spass allerseits mit dem neuen guten Nachbarn!

(Nebenbei: Die Grünen haben dem Projekt zugestimmt).

Das Allerletzte

Im nichtöffentlichen Teil stand im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss eine „Präsentation von Fraport Casa GmbH zur Flächenentwicklung neues Gewerbegebiet Mörfelden-Ost“ auf der Tagesordnung.

Der Antrag der DKP/LL-Fraktion, das Thema öffentlich zu behandeln, scheiterte an der Mehrheit von SPD, FW und FDP.

Auch die Grünen stimmten dagegen. Genauer darf (noch) nicht an die Öffentlichkeit. Das sollte in Mörfelden und Walldorf jedem zu denken geben. HGS

Da sitzen einige in der „Stadtregierung“ auf dem „Hohen Ross“. Man kann im März 2021 was ändern.



**Linke
Opposition
bleibt
notwendig!**



Ohne die DKP/LL in der Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf gäbe es den „blickpunkt“ nicht.

Bei der Kommunalwahl im März 2021 haben viele die Möglichkeit, uns zu stärken.

Die DKP/Linke Liste ist eine örtliche Kraft, die mit ihrer Zeitung informiert und die anderen ordentlich aufmischt.

Die Bundeswehr kann künftig auch mit Drohnen töten

In Israel startete die Drohne Heron TP. Das unbemannte Fluggerät wurde dort entwickelt. Die Heron TP trägt das Eiserne Kreuz am Rumpf und die deutsche Fahne an den Leitwerken. Im Juni 2018 hatte die Bundesregierung einen Vertrag mit dem israelischen Verteidigungsministerium geschlossen. Seit 2018 läuft die Ausbildung der Drohnenbesatzungen. Vorbehaltlich weiterer Tests steht einem TP-Kampfeinsatz noch in diesem Jahr nichts mehr im Wege.

Die Militärs sind zufrieden. Gegenüber der von der Bundeswehr seit Jahren eingesetzten Aufklärungsdrohne Heron 1 wurden die Sensoren verbessert, die Flughöhe auf 12.000 Meter gesteigert und die Verweilzeit über dem Zielgebiet auf über 40 Stunden nahezu verdoppelt.

Und: Heron TP wird bewaffnet sein. Damit wachsen die strategischen, operativen und taktischen Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr, also deren Überlegenheit auf weltweiten Kampfplätzen, deutlich.

Kritiker der Bewaffnung sagen zu recht, dass damit eine neue Qualität

der Kriegsführung erreicht werde. Drohnen seien Teil einer gewaltigen digitalen Revolution im Militärwesen, in deren Verlauf irgendwann - so die Befürchtung - „intelligente“ Maschinen mit anderen Maschinen aushandeln, welche Menschen wann, wie umgebracht werden. Zudem, so ein weiterer Kritikpunkt, wird mit Drohnen gegenüber weniger entwickelten Gegnern eine militärische Überlegenheit geschaffen, die Waffengänge risikoloser und damit machbarer erscheinen lassen. Auch der räumliche Abstand zwischen denen, die weitab vom Schauplatz des Geschehenes Raketen abschießen, und den Opfern ihres Tuns trage dazu bei, dass Kriege noch inhumaner werden.

Seit den ersten Überlegungen zu einem möglichen Umstieg auf bewaffnete Drohnen versprach die Bundesregierung, dass es eine breite gesellschaftliche Debatte geben soll, bevor entschieden wird. Das Versprechen wurde nicht eingelöst. Bei den Gesprächen wurde auch kein Wort verloren über Profite, die beim Bau der militärischen Drohnen erzielt werden.

Albright Stargast bei Grünen



Die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright hat mit den Grünen nur gute Erfahrungen gemacht. Als Außenministerin arbeitete sie um die Jahrtausendwende eng mit ihrem deutschen Amtskollegen Joschka Fischer zusammen. Nachdem ihre Politikerkarrieren vorbei waren, verschaffte Albright dem Grünen sogar einen Job bei ihrer Washingtoner Beraterfirma.

Nun hat die Bundestagsfraktion der Grünen Albright als Stargast für ihre Herbstklausur ausgesucht. Man will mit ihr auch über „den Zustand der transatlantischen Beziehungen diskutieren“. Die Zusammenarbeit der transatlantischen Partner war auch die Basis für gemeinsame Kriegseinsätze der Nato. Fischer und Albright stehen für die Bombardierung Jugoslawiens im Kosovokrieg von 1999.

Dass Spitzenpolitiker der Grünen nun Albright eingeladen haben und sich positiv über Fischer äußern, sind Anzeichen dafür, dass sie zu ihrer damals intern heftig umstrittenen Entscheidung für den Nato-Kriegseinsatz stehen. Die Parteichefin Annalena Baerbock gratulierte vor zwei Jahren Fischer auf Twitter und bezog sich in ihrem Schreiben auch auf den Kosovokrieg: „Joschka Fischer hat den Rock ‘n’ Roll in die Politik gebracht und die Grünen in die Regierungsfähigkeit geführt. Er hat unserer Partei auch viele unbequeme Entscheidungen zugemutet. Aber nur aus Zumutung erwächst Zutrauen und Kraft.“ Wir wissen nicht, was die örtlichen Grünen davon halten.

Damals sind viele Grüne aus der Partei ausgetreten. In unserer Stadt war es u.a. der spätere Erste Stadtrat F.-J. Urhahn.

Lasst die Bücherei im Ort !

In einer Presseerklärung heißt es:

„Der DGB-Ortsverband Mörfelden-Walldorf hat sich in seiner letzten Sitzung mit der geplanten Schliessung der Erwachsenenbibliothek in Mörfelden befasst und protestiert heftig gegen diesen Akt des Vandalismus. Gehört Literatur nicht zum Horizont der Rathauskoalition oder ist das nur ein weiterer Vollzug der neoliberalen Offensive? Muss man den Stadtverordneten den Wert von Literatur erklären? Muss man darauf hinweisen, dass gerade für die gering Verdienenden, deren Anteil an der Bevölkerung wächst, ein barrierefreier Zugang zur Literatur notwendig ist? Zusammenlegung mit der Walldorfer Bücherei führt zu geringerer Nutzung. Die Wege werden weiter. Der Verkehr nimmt zu. Wie mit Hilfe dieser Schliessung die Innenstadt belebt werden soll, ist uns ein Rätsel.“

Wir unterstützen die Initiative, die auch Unterschriften sammelt.



Allendes Kampf bleibt uns ein Vorbild

Am 11. September 2020 jährte sich der Militärputsch gegen den sozialistischen Präsidenten Chiles Salvador Allende zum 47. Mal.

Mit seinem Wahlbündnis aus Sozialisten, Kommunisten und anderen Linkskräften, der Unidad Popular, wurde er im Jahr 1970 zum Präsidenten Chiles gewählt. Mit der Unterstützung der USA, durch internationale Wirtschaftsblockaden wurde Allende 1973 gestürzt. Während des durch den General Augusto Pinochet angeführten Putsches wurde Allende ermordet.

Die DKP, die SDAJ, die Linksjugend Solid und „Cuba Si“ hatten zu einer Gedenkkundgebung am Mörfelder Salvador-Allende-Platz eingeladen.



Wenn du mit uns zu Veranstaltungen fahren willst oder diskutieren und feiern möchtest, schreib uns!

Auf

**facebook.com/DKP
LinkeListe/**

instagram: @dkpmoewa

Rund 50 Teilnehmer waren erschienen. Die Begrüßung sowie einige einführende Worte sprach Herbert J. Oswald, der seinerzeit mit anderen das Chile-Solidaritätskomitee ins Leben gerufen hatte.

Er zeigte sich überrascht, über die Polizeipräsenz vor Ort – es waren zeitweise 6 Beamte abgestellt.

Tim Beyermann hielt eine Rede für die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ). In seiner Rede gab es eine umfassende Betrachtung über die Hintergründe des Putsches und die damalige Reaktion der BRD und der DDR. Er betonte, dass vor allem in der DDR die „Solidarität der Völker“ zur Staatsräson gehörte, was sich in der Aufnahme mehrerer Tausend Flüchtlinge aus Chile widerspiegelte. Anschließend verknüpfte er die aktuellen Proteste in Chile mit den Ereignissen von vor 47 Jahren.

„Das Land leidet seit der Machtübernahme durch General Augusto Pinochet unter derselben neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. An der Ausbeutung Chiles und des globalen Südens, der sogenannten „Dritten Welt“ und der Schwellenländer, hat sich seit dem Putsch wenig geändert“, so Beyermann. Er meinte, dass wir erst dann keine „neuen Chiles“ mehr haben werden, wenn wir anstelle des Kapitalismus und der Konkurrenz der Völker eine sozialistische Alternative gestellt haben.

Als zweites sprach Robert Kohl Parra für die Linksjugend Solid (Kreis Groß



Gerau). Er zeigte sich begeistert über die große Unterstützung der Veranstaltung durch die vielen, auch jüngeren Teilnehmer.

Parra brachte genau wie sein Vorredner die aktuellen Proteste in Chile, an welchen er auch selbst teilgenommen hatte, mit den Ereignissen um den Tod Allendes in Verbindung. Er betonte, dass das Volk Chiles noch immer unter den Folgen der Diktatur Pinochets zu leiden habe. Bei den aktuellen Protesten in Santiago de Chile, nehmen bis zu 2 Millionen Menschen teil.

Abgerundet wurde die Veranstaltung von musikalischen Beiträgen. Lieder der Arbeiterbewegung aus Latein- und Südamerika wurden gesungen. Nachdem der offizielle Teil der Veranstaltung mit der Niederlegung eines Gebindes mit der Inschrift: „Es lebe Chile. Es lebe das Volk. Es leben die Arbeiter“, „Camarada Salvador Allende - presente, ahora y siempre“ beendet war, ließen die Anwesenden den Abend bei kühlen Getränken, Musik und angeregten Diskussionen ausklingen.

Damals wie heute gilt für uns: Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in Chile und auf der ganzen Welt!

	DKP-MW.DE	Mehr Infos unter...
	YOUTUBE.COM/SDAJTV	
	INSTAGRAM.COM/DKPMOEWA	
	FACEBOOK.COM/DKPLINKELISTE	
	T.ME/FORTSCHRITTLICHE_CORONA_INFOS	

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

KLIMAWANDEL

Die Reichen belasten die Umwelt am meisten

Das wohlhabendste eine Prozent der Menschheit schädigt das Klima doppelt so stark, wie die ärmere Hälfte der Welt. Das zeigt eine Studie von Oxfam. (Oxfam steht für Oxford Committee for Famine Relief). Seit 1995 gibt es Oxfam Deutschland.

Fakten

Reiche Menschen produzieren mehr CO₂ als Arme.

Der Verbrauch hängt mit Luxusgütern zusammen.

Reichtum wirkt als Klimakiller. Für den Anstieg der Treibhausgas-Emissionen in den vergangenen drei Jahrzehnten sind nach einer Analyse der Entwicklungsorganisation Oxfam vor allem die reichsten zehn Prozent der Menschheit verantwortlich – und nicht, wie häufig angenommen, die globale Mittelklasse. Es geht dabei um die „Top Emitters“ zumeist aus Industrie- und Schwellenländern, die oft Vielflieger und Besitzer von mehreren Immobilien und Autos sind.

Zehn Prozent Reiche sind für die Hälfte des Treibhausgases verantwortlich

Oxfam legt den Report „Confronting Carbon Inequality“ (Bekämpfung der CO₂-Ungleichheit) anlässlich der klimapolitischen Gespräche im Rahmen der UN-Generalversammlung in New York vor, die derzeit läuft. Ziel: das Weltklimasystem zu stabilisieren. Laut dem Bericht sind die reichsten zehn Prozent – im Jahresschnitt 630 Millionen Menschen – für über die Hälfte (52 Prozent) der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich, die in dem Vierteljahrhundert ausgestoßen wurden. Das reichste eine Prozent alleine schädigte das Klima sogar doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt: Es verantwortete 15 Prozent der Gesamtemissionen, die ärmere Hälfte hingegen nur rund sieben Prozent.

Weiterer Beleg für die Ungleichheit: Von dem im Jahr 1990 noch verfügbaren globalen Emissionsbudget verbrauchten die reichsten zehn Prozent alleine ein Drittel, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung dagegen nur vier Prozent. Das Emissionsbudget beziffert die Menge an Treibhausgasen, die die Menschheit noch in die

Atmosphäre blasen darf, ohne dass die Erderwärmung über 1,5 Grad ansteigt. Dieser Wert gilt als Grenze, um einen unkontrollierbaren Klimawandel zu verhindern. Das Weltklimaabkommen von Paris 2015 zieht die maximale Obergrenze bei zwei Grad, fordert aber Anstrengungen für 1,5 Grad. Erreicht sind bereits 1,1 Grad. Um die 1,5 Grad zu halten, müssten laut Oxfams Kalkulation die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung ihre durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 auf ein Zehntel des bisherigen Werts senken. „Dies würde die globalen Emissionen insgesamt um ein Drittel verringern“, so die Organisation. Ein wichtiger Hebel dabei sei der Verkehr.

Klimawandel und Reichtum hängen zusammen

Andere aktuelle Studien zeigten, dass die reichsten zehn Prozent der Haushalte für fast die Hälfte beziehungsweise drei Viertel des Energieverbrauchs verantwortlich sind, der auf den Verkehr über Land respektive den Flugverkehr zurückgeht. Der Verkehrssektor ist für rund ein Viertel der weltweiten Emissionen verantwortlich.

Subventionen trotz Profit

Die Flughäfen Leipzig/Halle und Dresden sollen mit 27 Millionen Euro Steuermitteln für Corona-bedingte Umsatzverluste subventioniert werden. Für den Flughafen Leipzig/Halle sind diese Subventionen wirtschaftlich nicht zu begründen.

„Dank“ der Corona-Pandemie ist der Frachtumsatz dort im 1. Halbjahr im Vergleich zum Vorjahr um 4% gestiegen. Der Passagieranteil betrug 2019 18% der Verkehrseinheiten.

Der Gesamtumsatz nach Verkehrseinheiten ist deshalb gerade mal um -7,5% von 7,2 Millionen Euro im 1. Halbjahr 2020 zurück gegangen. Da sind im Vergleich mit anderen Flughäfen „Peanuts“.

Flugzeug statt Bahn

Die DFB-Auswahl kickte gegen die Schweiz. Den Weg von Stuttgart nach Basel trat die Mannschaft im Flieger an - und erntete dafür heftige Kritik. Was besonders aufregte: Mit dem Flugzeug spart man nicht einmal Zeit auf einer solchen kurzen Strecke. Die Bahn bietet die Verbindung Stuttgart - Karlsruhe - Basel etwa in knapp unter drei Stunden an. Mit dem Auto braucht man zwischen zweieinhalb und drei Stunden - mit dem etwas langsameren Mannschaftsbus wohl etwas mehr.

Dennoch dürfte der Flug mit Einchecken, Boarding und dem weiteren Drumherum länger dauern - und die Umwelt dabei noch deutlich mehr belasten.

Wo Geld zu holen ist

Milliardäre in Deutschland

Lidl-Gründer Dieter Schwarz ist der „Welt am Sonntag“ zufolge der reichste Deutsche. Der 80 Jahre alte Gründer von Lidl und Kaufland hat ein geschätztes Vermögen von 41,8 Milliarden Euro.

Das Vermögen der 1000 reichsten Deutschen beläuft sich derzeit auf geschätzte 1,1 Billionen Euro – Tendenz steigend.

Insgesamt wurden 251 Milliarden Vermögen in Deutschland ermittelt. Berücksichtigt werden u.a. Aktien, Unternehmen, Kapitalanlagen, Immobilien, Kunstsammlungen und Familienstiftungen.

Stadtgeschichten



Im September haben wir uns an die Wahl von Salvador Allende erinnert. Die Präsidentschaftswahlen in Chile fanden am 4. September 1970 statt - vor 50 Jahren. Allende wurde damals demokratisch gewählt. Am 11. September 1973 putschte das Militär. Eine Junta unter der Führung von Augusto Pinochet regierte Chile daraufhin bis zum 11. März 1990 als Militärdiktatur. Tausende wurden ermordet. Der Putsch wurde von den USA politisch und finanziell unterstützt, vor allem durch verdeckte Operationen der CIA. Als Pinochet den Präsidentenpalast „La Moneda“ bombardieren ließ, richtete Allende kurz vor seinem Tod letzte Worte an die Chilenen: „Die sozialen Prozesse lassen sich nicht durch Verbrechen und Gewalt aufhalten.“ Die DKP-Fraktion stellte damals den Antrag, eine Straße oder einen Platz nach dem Sozialisten Salvador Allende zu benennen. Die SPD stimmte zu, Bürgermeister Brehl setzte sich engagiert für diese Gedenkstätte ein. In der Heinrichstraße in Mörfelden wurde eine große Mauer von chilenischen Flüchtlingen bemalt. Die Gruppe nannte sich „Brigada Victor Jara“.



Liebe Leserinnen und Leser unserer Stadtzeitung! Wir freuen uns, wenn Sie dem „blickpunkt“ durch Mitarbeit und Informationen helfen. Wir freuen uns über alte Fotos. Wir brauchen auch weiter Ihre finanzielle Unterstützung.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa

Cocktailabend

Thema: Spooky Halloween

Freitag, 2.10. - 20 Uhr - Eintritt frei

Spieleabend

Dienstag, 6.10. - 20 Uhr - Eintritt frei

Paddy Schmidt (Irish-Folk)

Donnerstag, 8.10. - 20 Uhr

Eintritt: 10,-/8,- €

VVK im KuBa,

Merfeller Shop und Buchhandlung
Giebel

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 15.10. - 20 Uhr

Eintritt frei

Spieleabend

Dienstag, 20.10. - 20 Uhr - Eintritt frei

Quiz

Freitag, 23.10. - 20 Uhr - Eintritt frei

Konzert: Simplified

Samstag, 24.10. - 20 Uhr - 10,-/8,- €

VVK im KuBa und der Buchhandlung Giebel

Unser Lexikon

Schbrisch

Der gibbt oo,
wie e Dudd
voll Micke.

*Welche „Führungspersönlichkeit“
im Rathaus könnte da passen?*